

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Bauarbeiterverbandes

Verbindungsblatt der Zentral-Kranken- und Sterbefälle der Bauarbeiter „Grundstein zur Einigkeit“ Zuschußklasse

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Bezugspreis für das Vierteljahr M. 2 (ohne Bestell-
geld), bei Zustellung unter Kreuzband M. 2,40

Herausgegeben vom
Deutschen Bauarbeiterverbande
Hamburg 25, Wallstr. 1

Schluss des Blattes: Montag vormittag 10 Uhr.
Vereins-Anzeigen werden mit 30 % für die drei-
gespaltene Velitzelle oder deren Raum berechnet

Zum außerordentlichen Verbandstage.

In Weimar, der Stadt der Museen, sollen die ge-
wählten Vertreter der deutschen Bauarbeiter am 4. Mai
zum außerordentlichen Verbandstag zusammen treten. Sie
werden gerufen zu einer Beratung, die in ihrer nüchtern-
en Prosa so abhold aller Poesie ist, daß der Gegenstand
direkt ins Auge fällt. Der einstige Wohnsitz der beiden
größten deutschen Dichter scheint in der Gegenwart dazu
berufen, vorübergehend zum Wohnort nüchterner Ver-
bandsbestätigung zu werden. Das Parlament des deut-
schen Volkes, die Nationalversammlung, tagt seit einigen
Monaten in dieser Stadt der Museen. Seine Tätigkeit
während dieser Zeit war ohne jeden dramatischen oder
tragischen Effekt. Und unser Verbandstag wird wahr-
scheinlich ebenso wenig dramatisch verlaufen. Dabei
leben wir in einer Zeit, in der sich nicht nur das Drama
des deutschen Volkes, sondern auch noch das einer ganzen
Reihe anderer Völker abspielt. Einst wird die Zeitgeist
auch ihre Sänger finden; denn es hat in der Mensch-
heitsgeschichte wohl niemals eine Periode gegeben, die
den Dichtern eine derartige Fülle von Motiven, Charak-
teren und Gefühlen für ihre Arbeit gegeben hätte.

Dann wird man die Herzen befragen, die unter Sint-
anekung des eigenen Jochs ihr Leben für eine geliebte
Idee in die Schanze schlugen. Man wird mit weniger
Recht auch jene „Sölden“ befragen, die nicht selbst für
ihre Ideen bluteten, sondern Hunderttausende und
Millionen anderer Menschen für sich herben ließen.

Einen Selben aber wird man vielleicht nicht befragen.
Die Pflanzmenschen, der in dieser bewegten
Zeit ruhig und ohne Pathos für die Gemeinschaft des
Volkes oder seiner Versuchungen arbeitete. Die
dramatische Dichtkunst ist aristokratisch geblieben. Sie
braucht als Vorwurf den einzelnen Menschen, der sich
durch aufsehenerregende Taten aus der Menge heraus-
hebt, die sie idealisieren kann. Die Organisations-
männer, deren Tätigkeit volle Hingabe an die Idee
verlangte, die in langen Jahren voller Sorgen und
Mühen langsam sein zu sein setzten, bis das stolze
Gebäude, das sie in Gedanken in sich getragen haben,
fertig war, eignen sich nicht zur Dramatisierung. Sie
haben weder eigenes noch fremdes Blut vergossen, sie
haben weder diplomatische Intrigen gezeichnet, noch ge-
walttätig geraubt. Wohl haben sie im Laufe der Jahre
oft in Abends- und Nachstunden, in denen sie für die
Organisation arbeiteten, ihre Gesundheit gemüht. Sie
haben aus ihrem eigenen geringen Vermögen materielle
Opfer für die Allgemeinheit der Berufsangehörigen und des
arbeitenden Volkes gebracht. Aber diese Opfer nimmt
man so sehr als selbstverständlich hin, daß man darüber
kaum ein Dankeswort verleiht. Und eine Schar der-
artiger Männer aus den Kreisen der deutschen Bau-
arbeiter wird nun zum 4. Mai nach Weimar berufen.

Die Delegierten sollen dort beraten über die beiden
vom Verbandsvorstand vorgelegten Reichstari-
fverträge. Der Vertrag für das Hochbau-
gewerbe ist zwar die Fortsetzung früherer Verträge;
aber sein Wortlaut und der in ihm lebende Geist ist von
den früheren Tarifverträgen so grundverschieden, daß
die Frage berechtigt ist: Wie war eine derartige grund-
sätzliche Wandlung möglich? Die Antwort kann kurz
sein: Durch die gänzliche Umwandlung der politischen
Verhältnisse in Deutschland. Seit der
Tagung des letzten ordentlichen Verbandstages sind nicht
ganz 14 Monate verstrichen. In der Weltgeschichte eine
kurze Zeitspanne. Und doch, welche gewaltige Umwäl-
zung hat die Menschheitsgeschichte in diesen kurzen Mo-
naten erlebt. Am 9. März 1918 schrieb der „Grund-
stein“ zur Begrüßung des ordentlichen Verbandstages in
München: „Politisch drängt das Volk nach Gleich-
berechtigung.“ Die Revolution hat dem Volk vor
6 Monaten nicht nur diese politische Gleichberechti-

gung gebracht, sie hat ihm auch in wirtschaft-
licher Hinsicht große Aufstiegschancen eröffnet.

Durch die Revolution haben wir den gesetzlichen
achtstündigen Arbeitstag, um den wir jahrzehnte-
lang vergeblich kämpften. Durch die Revolution
haben wir die staatliche Arbeitslosenunterstützung, die
uns bis dahin fast unerreichbar erschien. Die früher
herrschenden Gewalten sind beiseite gesetzt. Sie, die ihre
Machtmittel bei jeder irgendwie passenden Gelegenheit
gegen die Arbeiterklasse anzuwenden, sind heute froh, von
den Arbeitern als gleichberechtigt anerkannt zu werden.
Die deutsche Arbeiterkraft hat heute das freieste und
allgemeinste Wahlrecht, das je einem Volke dieser Erde
gegeben wurde. Ebenso frei und allgemein ist kein
Selbstverwaltungsrecht geworden. Es ist nur selbstver-
ständlich, daß eine derartige Umwälzung auch im Reichs-
tarifverträge zum Ausdruck kommen mußte. Auf die
einzelnen Bestimmungen des Vertrages brauchen wir
hier nicht näher einzugehen, da dies bereits in der
Nummer 15 des „Grundstein“ geschehen ist.

Wenn schon der Vertrag für das Hochbaugewerbe
in seiner jetzigen Form als ein Zeichen der Zeit be-
trachtet werden kann, so trifft dies noch mehr für den
Reichstarifvertrag für das Tiefbau-
gewerbe zu. Es ist noch kein Jahr her, daß große
Tiefbauunternehmen erklärten, daß sie über einen Tarif-
vertrag für Erdbauarbeiter grundsätzlich nicht mit uns ver-
handeln wollten. Damals waren es noch die ausländischen
Lohnbrüder, die alle Trübsal des nachteiligsten Unter-
nehmerums gegen die Wünsche der deutschen Arbeiter
ausgespielt werden konnten. Diese Lohnbrüder sind ver-
schwunden. Und wenn auch die Unternehmer sehr ungut
darauf warten, daß sie wieder erscheinen, so merken sie
doch, daß die deutschen Arbeiter sich der Einfuhr stürmisch
widersetzen würden. Im Tiefbaugewerbe herrschten bis-
her die Unternehmer unumhüllend. Dieses System ist
mit der Annahme des Reichstarifvertrages verschwun-
den. Das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter ist in weit-
gehender Weise garantiert, und unsere im Tiefbau be-
schäftigten Kollegen gelangen so mit einem gewaltigen
Schritt in den Genuß von Rechten, um die im Hochbau-
gewerbe jahrzehntelange Kämpfe geführt werden muß-
ten. Wir sprechen die Hoffnung aus, daß unsere Kol-
legen, ebenso wie das gesamte deutsche Volk, von den so
schnell errungenen Rechten einen guten und zweck-
entsprechenden Gebrauch machen werden.

Neben den Reichstarifverträgen stehen noch drei
andere Punkte auf der Tagesordnung des Verbandstages.
Zunächst der Bericht des Vorstandes über den
Stand des Verbandes. Es ist erfreulich, daß
der Vorstand dabei über seine Fortschritte des Ver-
bandes berichten kann. Die Mitgliederzunahme ist
stetig und dürfte jetzt rund 270 000 betragen.
Wenn nicht die Post- und Verkehrsschwierigkeiten
sowie die Papierknappheit die Agitation ganz be-
deutend erschweren, würde die Zahl 300 000 wahr-
scheinlich bedeutend überschritten sein. Durch die feind-
liche Verletzung eines Teiles des deutschen Landes ist die
Verbindung des Verbandsvorstandes mit jenem Gebiet
sehr erschwert, doch macht nach den neuen Nachrichten
die Organisation auch dort gute Fortschritte. Eine nicht
unbedeutende Anzahl Mitglieder werden wir aller Aus-
sicht nach durch den Frieden für immer verlieren. Im
Vertraut kommen dabei besonders Elbfisch-Vorkämpfer,
der größte Teil von Polen und Nordbaltische. Namentlich
der Verlust der Kollegen im letztgenannten Gebiet ist für
uns sehr schmerzhaft, da es sich meistens um alle, feststehende
Mitgliedschaften handelt. Aber wir haben die Zuversicht,
daß sie in unseren deutschen Brüdern Verbänden
freundliche und zuvorkommende Aufnahme finden werden.

Die Ergänzungswahlen sind auf die Tages-
ordnung gesetzt, weil Kollege Winnig durch seine
Tätigkeit für die Regierung vorläufig bei uns aus-
scheidet. Außerdem muß auch für unsere langjährigen

Vorständen des Verbandsausschusses, Kollegen August
Dachne, endgültig ein Ersatzmann gewählt werden.
Kollege Dachne hat, wie bekannt ist, die Leitung eines
Gemeinschaftsheimes der Berliner Krankenkasse für das
Maurergewerbe übernommen; er war dazu bis jetzt vom
Verbandsvorstand beurlaubt, hat aber jetzt erklärt, daß
er endgültig auf die Vorsehung seines Postens als Aus-
schußvorsitzender verzichten müsse, weil seine Kräfte nicht
mehr ausreichen, um im Beruf zu arbeiten und neben-
bei noch die Geschäfte des Verbandsausschusses zu füh-
ren. Was Kollege Dachne dem Verband gewesen ist,
ist allen unseren alten Mitgliedern bekannt, es braucht
deshalb an dieser Stelle nicht ausführlich gewürdigt zu
werden. Wir sind überzeugt, daß es im Verbandsrat
ein Mitglied geben wird, das nicht das Scheiden Dachnes
als Ausschußvorsitzenden bedauert.

Daß die Gehaltsfrage erörtert werden muß, wer-
den unsere Kollegen für selbstverständlich halten. Denn wir
sind heute so gestellt, daß die Beschäftigten unter unsern
angestellten Kollegen einschließend der Feuerungsanlagen
nicht so viel an Gehalt beziehen, wie manche arbeitslose
Kollegen als Unterstützung bekommen. Dies wäre aller-
dings kein durchschlagender Grund, um eine Gehalts-
erhöhung damit zu rechtfertigen, wenn die Höhe des Ge-
halts an sich der letzten Zeit entsprechen würde. Das
letzte ist jedoch nicht der Fall. Was heute bei uns be-
zahlt wird, reicht kaum aus, um die notwendigen
Lebensmittel bezahlen zu können. — Vorherigen Punk-
ten sind auch die Delegiertenwahlen zum Ge-
werkschaftskongress vorzunehmen.

Die Verbandsmitglieder werden ohne Zweifel dem
Verlauf des ersten Verbandstages im revolutionären
Deutschland mit einer gewissen Spannung entgegen sehen.
Zwar wird es nicht die Fülle von Vorfällen geben, die
in der Regel die ordentlichen Verbandstage beschäftigen.
Es ist aber bekannt, daß die Arbeiterkraft in einigen
Städten Deutschlands sich für ganz besonders revolu-
tionär hält. Kollegen aus diesen Orten werden es wahr-
scheinlich für angebracht halten, eine besondere politische
Debatte zu entfehlen. Die in Weimar wohnenden
Kollegen werden jedenfalls ihr Bestes tun, um allen Dele-
gierten den Aufenthalt dort so angenehm wie möglich, wie
es unter den heutigen Umständen möglich ist. Und sie
erwarten mit Recht, daß ihnen niemand dieses Vorhaben
erschwert. Mit dem Wunsch, daß auch dieser außer-
ordentliche Verbandstag den Deutschen Bauarbeiter-
verband und mit ihm die gesamte deutsche Arbeiterkraft
einen großen und segensreichen Schritt vorwärts bringen
möge, daß seine Beratungen von dem Geiste der
Kollegialität und Solidarität getragen werden möchten,
werden die Delegierten in der Weimarer Stadt an der Elm
bewillkommen.

Ein Tarifvertrag für das Tiefbau- gewerbe.

In der Nummer 17 des „Grundstein“ haben wir mit-
geteilt, daß am 17. April der erste Reichstarifvertrag für das
Tiefbaugewerbe abgeschlossen wurde. Die Verhandlungen, die
vom 15. bis 17. April im Reichsarbeitsministerium in Berlin
stattfanden, boten gewisse Schwierigkeiten, die größtenteils
daraus entstanden, daß die Herren vom Reichsverband für
das Tiefbaugewerbe zum ersten Male mit uns verhandelten.
Eine weitere Schwierigkeit entstand aus dem Mißtrauen, mit
dem die Arbeitervertreter dem genannten Reichsverband infolge
seiner merkwürdigen Stellungnahme zu der Vereinbarung vom
20. Februar gegenüberstanden mußten. In jener Vereinbarung
war gesagt, daß „bis zum endgültigen Abschluß der Tarif-
verträge für die Lohnfestlegung der Erdbauarbeiter die Be-
stimmungen der Tarifverträge für das Hochbaugewerbe für
Bauhilfsarbeiter gelten; etwa bestehende höhere Löhne
werden hierdurch nicht berührt. Mit dieser vorläufigen
Grundlage soll späteren Vereinbarungen über eventuelle
unterschiedliche Lohnfestlegung zwischen Bauhilfsarbeitern
und Erdbauarbeitern nicht vorgegriffen werden.“ Bis zum
15. März wollten uns die Unternehmervertreter Mit-
teilung machen, ob ihr Gesamtverband diese Vereinbarung

als Nachtarbeit jede Arbeit von 8 Uhr abends bis 6 Uhr
morgens,
als Ueberstundenarbeit jede Arbeit, die in der Zeit zwischen
der Nachtarbeit und der tarifsmäßigen Arbeitszeit liegt,

Reichskonferenz der Isolierer.

Die Konferenz fand am 21. April im Gewerkschaftshaus in Hamburg statt. Es waren 14 Delegierte anwesend, ferner die Kollegen Odenthal und Schreindl vom Verbandsvorstand und Ellinger von der Redaktion des „Grundstein“. Als Gast nahm vom Vorstand des Vereins Hamburg Kollege Schlüter an der Konferenz teil, außerdem waren eine Anzahl Hamburger Isolierer anwesend. Der Delegierte von Breslau (Schlesien) schied. Die Steinholzer waren zur Konferenz nicht hinzugezogen, weil sich die Konferenz in der Hauptsache mit den Verhältnissen im Isoliergewerbe zu beschäftigen hatte.

Kollege Odenthal eröffnete die Konferenz, begrüßte die Delegierten namens des Verbandsvorstandes und widmete den Toten einen kurzen Nachruf. Die Lebenden mußten die Zukunft zu gestalten suchen und dazu beitragen, daß Deutschland wieder frohkomme. Diesem Zweck sollte auch die Konferenz mit dienen. Da der Verband nur mangelhaft unterrichtet sei, empfahl es sich, zunächst die einzelnen Delegierten über die Zustände in ihren Bezirken befragten zu lassen. Die Konferenz müsse sich dann darüber klar werden, wie es mit den Tarifverträgen im Gewerbe werden solle, ob die Verhältnisse schon zu einem Reichstarif reif seien; ferner wie die Arbeitsbedingungen sein sollten, ob nur in Lohn oder auch in Accord gearbeitet werden soll usw.

Die Konferenz bestimmte dann zur Führung der Rednerliste den Kollegen Kröger, Berlin. Mit der Vertikalisierung über

Die Verhältnisse im Fern

begann Kollege Lange, Berlin. Er schilderte die Lohn- und Arbeitsbedingungen in Berlin und in der Provinz Brandenburg. Während des Krieges herrschte im Beruf Arbeitermangel. Nachdem sich der Isolierer nicht gefunden, in den Betrieben mit den Maurern und den anderen Arbeitergruppen gleichen Schritt zu halten. Der Stundenlohn beträgt jetzt mit Teuerungszulage 2,20 Mk. Der Tarif läuft am 1. Juli ab. Die Unternehmer wollten vom April an 2,25 und vom 1. Juli an 2,50 zahlen, wenn wir den Tarif vom 1. Juli an anerkennen. Damit sind aber unsere Kollegen nicht zufrieden. Wir wollen mit der Teuerungszulage aufsteigen und einen neuen Lohn schaffen. Die Accordarbeit wollen wir abschaffen. Die Konjunktur ist jetzt sehr schlecht. Die Berliner Kollegen sind für Abschluß eines Reichstarifs. Die Verhältnisse im Gewerbe sind überall ungefähr gleich; wir wollen deshalb auch überall gleiche Lohn- und Arbeitsbedingungen; 1912 waren wir schon auf dem besten Wege dazu, aber während des Krieges haben sich die Differenzen im Lohn erweitert. Sollte der Abschluß eines Reichstarifs nicht möglich sein, verlangen wir mindestens einheitliche Löhne. Unsere Arbeitsnachweise in Berlin haben wir während des Krieges aufrechterhalten; wir müssen aber unbedingt dahin kommen, daß auch unser zentraler Arbeitsnachweis wieder funktioniert. Ohne die Mittel der einzelnen Sektionen ist das aber nicht möglich. Wir fordern auch die Vertikalisierung der Vorratszulage; wir wollen dafür die Vertikalisierung der Wegezeit.

Lange, Halle: Wir haben während des Krieges keine Lohnverträge, sondern nur Teuerungszulagen bekommen. Accord ist in Halle nicht gearbeitet worden. Wir verlangen die völlige Abschaffung der Accordarbeit. Wir fordern ferner einen Einheitslohn und eine einheitliche Vorratszulage für das ganze Reich. Unsere Vorratszulage beträgt 2,50; wenn es sein muß, sind wir aber bereit, sie durch Begleichung der Wegezeit in Stundenlohn umzuwandeln. Der Arbeitsnachweis ist leider vielfach nicht benutzt worden; jetzt verlangen wir aber, daß alle entlassen werden sollen, die nicht durch den Nachweis eingestellt sind.

Weder, Frankfurt a. M.: Wir sind für einen Einheitslohn in ganz Deutschland, aber nicht für Abschaffung der Vorratszulagen. Diese betragen bei uns 2,50 und bei Entfernungen von über 10 km 3,00. Da wir oft nur zehn Minuten zu gehen haben, würden wir durch die Abschaffung der Vorratszulagen geschädigt.

Il m., Gln., berichtet ausführlich die Lohnverhältnisse in seinem Gebiet. Es sei dort während des Krieges gelungen, die Auszahlung für die Person auf 4,7 und für die Razone auf 4,85 zu erhöhen. Sie seien mit der Abschaffung dieser Zulage nicht zu ohne weiteres einverstanden; denn sie führen mit der besser als mit der Vergütung der Wegezeit. Den Reichstarif wollten die Gln. immer haben, es könne unter ihm auch der Zentralarbeitsnachweis besser ausgebaut werden. Unbedingt nötig sei für das Gewerbe in ganz Deutschland ein einheitlicher Lohn und eine einheitliche Arbeitszeit. Als Grundlohn haben die Gln. einen Stundenlohn von 2,50 gefordert. Jetzt ist der Stundenlohn 1,75. Wir fordern aber auch den freien Samstag; nachmittags und für den Lohnausfall einen Lohnausgleich von 20 %, also zusammen 2,70. Als Auszahlung für die Person fordern wir 4,9, für die Razone 4,50. Wir haben gerade fünf Arbeitslose. In Baden ist es uns gelungen, wieder Fuß zu fassen. Der Unternehmer (Zehnpf) hat das am 1. April einen Lohn von 70 % geboten, die Auszahlung will er von 9 auf 11 erhöhen. Für Arbeitsplatz will er einen höheren Lohn und höhere Auszahlung zahlen. Wir verlangen, daß er die mit den anderen

Unternehmern des Bezirks getroffene Vereinbarung mit rückwirkender Kraft anerkennt.

Mey, Dortmund, schildert ebenfalls die Lohnverhältnisse in seinem Bezirk. Die Unternehmer haben unsere neuen Lohnforderungen abgelehnt, angeblich, weil sie sonst keine Aufträge mehr bekämen. Sie haben sich dann aber bereit erklärt, die Razonezulage auch für den Ort zu zahlen. Wir haben das abgelehnt, zumal sich die Unternehmer nicht binden wollten. Wir fordern jetzt 2,50 Stundenlohn, 4,8 Auszahlung für die Person und 4,4 für die Razone. Auch wir wollen einen einheitlichen Lohn- und Arbeitszeit für das ganze Reich. Weiter fordern wir den freien Sonnabend nachmittags, Abschaffung der Accordarbeit, die Abschaffung des Fest- und Jungbierpreises, einen gesicherten Arbeitslohn und den paritätischen Arbeitsnachweis. Auch wünschen wir, daß bei den Verhandlungen mit den Unternehmern stets ein Sektionsvertreter anwesend ist. Und schließlich verlangen wir die Wiederanstellung eines Isolierers durch den Verbandsvorstand.

Müller, Hannover, berichtet die Lohnverhältnisse in Hannover. Der Stundenlohn beträgt dort seit der Revolution 1,80, die Auszahlung 7 und die Vorratszulage 1,50. Wir fordern dann 1,60. Als wir die Forderung dem Vorstand unterbreiteten, hat der ein Vierteljahr nichts von sich hören lassen. Es sieht dann, wir sollten 1,60 bekommen und eine bestimmte Summe als Nachzahlung für die zurückliegende Zeit. Jetzt weigern sich aber die Unternehmer, nachzugeben. Angedacht wollen sie lieber einen höheren Stundenlohn geben. Es ist unerträglich, daß wir lang organisierten Arbeiter uns mit niedrigeren Löhnen abfinden lassen sollen, als sie die Straßenkehrer und andere unorganisierten Arbeiter bekommen, wo wir doch zu unserer Arbeit sein in Ruhe gehen müssen. Wir wünschen einen Reichstarif mit einem einheitlichen Stundenlohn von 2,50 und einer Auszahlung von 10. Die Regelung der Vorratszulagen sollte man den Leuten überlassen. Accordarbeit hatten wir seit Kriegsausbruch nicht und wollen sie auch in Zukunft nicht haben.

Auch M. n. n., Bremen, berichtet die dortige Lohnentwicklung während des Krieges. Das Arbeitsamt hat jetzt den Lohn auf 2,20 festgelegt, die Auszahlung auf 7. Dem Reichstarif stimmen wir zu. Der Arbeitsnachweis ist in Bremen fastlich geregelt. Wir wollen aber den Ausbau des zentralen Arbeitsnachweises. Die Accordarbeit ist bei uns schon lange ausgefallen; wir wollen sie aber ein für allemal aus der Welt schaffen.

Soll, Hamburg, schildert die Entwicklung der Hamburger Sektion während des Krieges. Von 110 Mitgliedern waren 90 eingezogen, 20 sind während des Krieges gestorben oder gefallen. Die Konjunktur ist so gut, daß Arbeitermangel herrscht. Die Umwandlung der Zulagen in Stundenlohn ist uns erst nach der Revolution gelungen. Er beträgt 1,90, die Auszahlung 7,50. Mit auswärtigen Firmen im Hamburger Gebiet bestehen günstige Einvernehmungen. Wir wünschen die reichstarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Diese wird aber bei den großen Lohnhändlern schwer sein. Als Lohn müssen wir mindestens 2,70 haben. Unter heutiger Verdrängung ist es immer noch bei einem Stundenlohn von 1,40 geblieben. Ich arbeite, verdinge ich bei einem Stundenlohn von 1,40 wöchentlich 4,10 (nach Abzug von Krankengeld usw.); bin ich arbeitslos, so beträgt meine Unterhaltung (bei 4 Kindern) wöchentlich 10,3 (täglich 1,75) und mit der Verbandsunterstützung 12,10. Wenn ich arbeitslos bin, bekomme ich also 31,00 in der Woche mehr, als wenn ich arbeite. Das ist ein unhaltbarer Zustand. Wir müssen im Reichstarif mindestens 2,70 fordern, und die Auszahlung muß auf mindestens 10 erhöht werden. Die Vorratszulagen sollte man festlegen; wir wollen sie als Wegezeit bezahlt haben. Der Zentralarbeitsnachweis muß gründlich ausgebaut und wieder einem Isolierer übertragen werden. Für gesundheitsschädliche Arbeiten muß im Reichstarif eine längere, feststehende Arbeitszeit festgelegt werden. Die Accordarbeit wollen wir am liebsten ausschalten, aber ein förmliches Verbot ist nicht möglich, es reicht doch fraglich. Man sollte sie als unzulässig fassen. In Celle wird zum Beispiel noch viel in Accord gemacht. Bei einem Verbot wird doch in Accord gearbeitet und kann haben die Schwierigkeiten in der Organisation. — Kollege Wolf teilt schließlich noch mit, daß die Firma Daele in Hamburg ein Prämiensystem eingeführt hat, indem sie den Kollegen ein Schluß der Arbeit eine Anzahl für die Arbeit gebotene Summe auszahlt. Die Kollegen der Werkschule haben beschlossen, auf das Angebot nicht einzugehen.

Seine, Dresden: In Dresden war die Arbeitslosigkeit bis Kriegsausbruch nicht groß. Dann wurde sie aber gut und es herrschte Reizumangel. Der Stundenlohn war bei uns von 1914 bis 1918 1,50, nur die Auszahlung wurde von 2 auf 4,50 erhöht. Seit Anfang dieses Jahres ist der Stundenlohn 1,70 und die Auszahlung 5,50. Wir sind für Schaffung eines Reichstarifs, für einen einheitlichen Lohn und für Abschaffung der Accordarbeit.

Reine, Leipzig, berichtet die in Leipzig durch den verlorenen Streik im Jahre 1918 entstandenen Verhältnisse. Der Streik ging verloren durch den Unwill der Isolierer bei der Firma Stimpf. Die früher gut geregelten Verhältnisse wurden elektrisch. Trotz guter Konjunktur gab es zum Teil Unruhe. Der Streik der Organisationsleitung zu einer erneuten Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen waren ohne Erfolg. Von den über 100 organisierten Kollegen arbeitet ein großer Teil auf dem Bauwerk. Wir fordern dann zu Weihnachten

1,85 Stundenlohn, die Unternehmer ließen durch den Streikverbot 1,75 bieten. Die Löhne für die Hilfsarbeiter und Lagerarbeiter wollten sie nicht im Tarif geregelt haben. Die Auszahlung wollten sie von 4,7 auf 4,6 herabsenken. Ferner wollten sie die Accordarbeit einführen. Davon haben sie dann zwar Abstand genommen; es ist aber im Vertrag auch nicht gesagt, daß die Accordarbeit verboten ist. Neuerdings haben wir uns auf den Standpunkt gestellt, daß der Lohn von 1,75 überhöht ist. Wir wollen uns dem Lohn der Bauarbeiter anpassen. Die Sache ist aber noch nicht entschieden. Wir wünschen, daß die Accordarbeit verboten wird. Der Meister begründet weiter einen Antrag aus Genuß und Debauch, daß der Verbandsvorstand nicht jeder Sektion einen Vertreter zur Konferenz zugesandt hat. Gegenwärtig ist die Konjunktur in Leipzig nicht gerade schlecht, es sind nur sehr wenige Isolierer arbeitslos. Auf den Bauwerken werden den Isolierern Arbeiter beigegeben; wir haben auch für sie die Auszahlung verlangt.

J. a. n. n., Mannheim: Unsere Sektion ist während des Krieges bis auf 25 Mann herunter gekommen. Die Leute hatten Angst vor dem Schicksal. Der Stundenlohn war 62 %. Die Firma Grunig & Hartmann hat unsern Bezirksleiter bei Verhandlungen erlöst, Leute, die mit diesem Lohn nicht auskommen konnten, seien lauter Pumpen. Der Meister verleiht einen Arbeiter für sehr niedrigen Lohn. 1915 wurde der Lohn von 2,50 auf 2,00 auf 87 % festgelegt. Bei Ausbruch der Revolution kamen wir durch die Umrechnung auf 1,20. Inzwischen haben wir zweimal eine einmalige Teuerungszulage in beträchtlicher Höhe bekommen. Es hätte wohl noch mehr herausgeholt werden können; denn die Isolierer haben während des Krieges kolossale Kriegsgewinne gemacht. Schließlich sind bei uns nochmals 10 % bewilligt worden. — Der Meister berichtet weiter die Verhältnisse in der Fabrik. Die Arbeiter sind für einen Reichstarif, aber ein Einheitslohn ist noch nicht zu erreichen; denn für Süddeutschland ist der Sprung auf einmal zu groß. Geregelt werden muß die Vorratszulage. Bei großer Hitze, bei Stürmen und sonstigen gefährlichen Arbeiten ist eine längere Arbeitszeit und ein entsprechender Zuschlag nötig. Auch müßte bei Stürmen die Stellung von Arbeitern und Schutzhelm geordnet werden; denn bei diesen Arbeiten würden die Arbeiter oft verkränkt. Die Accordarbeit ist rundweg zu verbieten. Eine Vertretung im Verbandsvorstand müssen die Isolierer verlangen. Während des Krieges seien die Interessen der Isolierer nicht gut vertreten gewesen. Das geht so nicht mehr weiter. Notwendig ist auch, daß den Isolierern ein verschickbarer Raum oder Schrank zur Verfügung gestellt werden.

M. a. r. e., Karlsruhe, erklärt, daß er seine Verbindung mit München und Nürnberg habe, somit auch nicht gegen den Reichstarif ist. — Damit bezieht der Delegierte auf allen Bezirken der Reichstarif. Kollege Odenthal ging nun zunächst auf die Kritik des Kollegen Brinde ein. Die Isoliereraktionen hätten 800 Mitglieder; da 15 Delegierte gewählt seien, erziele auf je 54 Mitglieder 1 Delegierter. Die Isolierer seien also ziemlich reichlich bedacht. Jedem der Delegierten zuzugestehen, sei unmöglich. — Kollege Odenthal sagte dann das Ergebnis der Debatte kurz zusammen. Fast einstimmig hätten sich die Delegierten für einen Reichstarif erklärt. Sei aber ein solcher möglich? Die Unternehmer hätten keine einheitliche Organisation; aber vielleicht könne den außerhalb des Reichstarifbereichs stehenden Unternehmern das zentrale Vertragsmuster einzeln unterbreitet werden. Die Löhne können wohl nicht für das ganze Reich einheitlich geregelt werden; aber man könne vielleicht einen einheitlichen Kernbereich des Lohn- und Arbeitsbedingungen festlegen. Der Meister erklärte eingehend die wichtigsten Bestimmungen aus dem Döppelvertrag und ihre Anwendung auf das Isoliergewerbe. Zu den paritätischen derischen oder -bezirklichen Arbeitsnachweisen müßte der zentrale kommen. Der freie Sonnabend nachmittags könne vertraglich festgelegt werden. Die heutigen hohen Löhne seien ein ungeheurer Zustand. (Sehr richtig!) Jeder wäre mit einem Lohn von 1 oder 1,25 zufrieden, wenn er dafür die Lebensmittel von früher kaufen könnte. (Stärkste Zustimmung.) Wegen der ungleichen Verhältnisse können Verträge nur auf kurze Zeit geschlossen werden. Als Schlichtungsinstitutionen genügen derische oder bezirkliche Schlichtungsinstitutionen und ein zentrales Schlichtungsgericht. Für Lohnregulierung können vielleicht 4 Bezirke gebildet werden: Rheinland-Pfalz, Norddeutschland, Mitteldeutschland und Süddeutschland. Bei unangenehmen Arbeiten müssen die Firmen stets die höheren Löhne am Arbeitsort zahlen; sowie eine etwaige längere Arbeitszeit anerkennen. Die Zuschläge für Gehilfen usw. sollten einheitlich zentral einheitlich geregelt werden. Bei der Auszahlung werde das schwieriger sein. Die Teuerungszulagen seien doch endlich sehr beschämend (Stärkste Zustimmung). Die Löhne für Hilfsarbeiter und Bekleidung seien mir zu regeln, die Spannung zwischen Isolierern und Hilfsarbeitern möglichst zu vermindern, soweit sie nicht ganz zu beirren sei. Zur Teilnahme an den Verhandlungen arbeit sollte man nur werden, wenn man überzeugt ist, daß man sie wirklich durchführen kann. Die Wiederanstellung eines Isolierers werde der Vorstand erwägen, sobald sich die Notwendigkeit dazu ergebe.

Auf eine Frage des Kollegen Lange, ob die Isolierer nicht bereits in den zentralen Vertrag mit einbezogen

Land-Beisitzer: Lange, Berlin, für Norddeutschland und
Prinze, Leipzig, für Mitteldeutschland.

Eine kurze Aussprache entspann sich nochmals vor
der Abstimmung über die Entlassung eines Kollegen.
Odenthal erklärte, der Verbandsvorstand werde die
Entlassung erörtern, sobald die Arbeitsnachweise mit
den Arbeitgebern geregelt sei. Mey, Dortmund, meinte,
die Sache sei durch die Versammlungsbedingungen ge-
regelt. Der Vorstand hätte lange nicht entlassen dürfen.
In ähnlichem Sinne sprach Kröger, Berlin. Wie komme
der Vorstand dazu, Lange über die Köpfe der Sektionen
hinweg zu entlassen? Raschewski erklärte, bei der Ver-
einbarung des Verbands sei Lange als Kandidat für die
Entlassung mit in Frage gekommen. Dieser Einwand sei
nicht haltbar. Lange hätte gegen seine Entlassung
protestieren müssen. Wolf, Hamburg, meinte, die Sache
dürfte nicht hinausgeschoben werden, bis der Reichsrat ge-
macht sei. Zufuhr: Wir waren über die Entlassung
sprachlos und haben sofort protestiert. Es ist uns aber
damals gesagt worden, daß wir wieder einen Angeklagten
bekämen, wenn die Mitgliederzahl nach dem Kriege wieder
steige. Kollege Lange schiederte die Gründe, die der
Verbandsvorstand seinerzeit für seine Entlassung ange-
führt habe. Diese Gründe seien inhaltlich gewesen. Er
habe zunächst gegen seine Entlassung protestiert, aber sich
nach der Begründung durch den Vorstand damit ab-
gefunden. Von Behrendt wurden die Gründe für die
Entlassung Langes noch ergänzt. Bei der geringen Mit-
gliederzahl habe der Vorstand Mitarbeiter entlassen
müssen. Mit Lange war noch vier weitere Kollegen
entlassen worden. Für Lange war keine sachliche Arbeit
mehr. Der Arbeitsnachweis war außer Funktion, weil
sich keine Arbeitslosen mehr meldeten. Die Unternehmer
verlangten auch keine Leute mehr. Sobald der Arbeits-
nachweis wieder funktioniert, wollte der Verbandsvorstand
ohnehin zu der Frage Stellung nehmen. Solange wir
nicht wüßten, wo der Arbeitsnachweis seinen Sitz hat,
können wir das nicht. Wir können doch nicht jetzt und
späterhin nach einigen Monaten auf neue Anzugsgeld
für einen Angeklagten zahlen. Kröger, Berlin, meinte,
nach Behrendt ausführe, genüge nicht. Lange sei nicht
Stillschreiber, sondern Funktionär der Gruppe der Arbeiter
und Einzelkämpfer gewesen. Da dürfte man nicht über
die Köpfe der Sektionen hinweggehen. Lange erklärte,
daß den Ausführungen von Behrendt mehr Bedeutung zu-
schien. Die Zahl der Mitglieder der Gruppe der Arbeiter
und Einzelkämpfer auf 9000 erhöht werden
wünsche. Kröger, Leipzig, meinte, wenn genau gesagt würde,
hätten wir mindestens die doppelte Zahl von Mitgliedern.
Odenthal erklärte die Arbeiter, sich eilig an der
Organisationsarbeit in den Vereinen zu beteiligen, damit
sie bekannt würden und auf den Gang der Wirtschaft Ein-
fluß bekämen. Ellinger machte darauf aufmerksam,
daß der Verbandsvorstand, wenn er während des Krieges
nach selbständig gewesen wäre, bei der geringen Mit-
gliederzahl gewiss seinen Angeklagten schon früher
entlassen müßten. Es sei unser Verbandsvorstand. Man
sinnem dem Verbandsvorstand nicht zuwinken, mehr Leute
zu beschäftigen, als zur Bewältigung der Arbeiten not-
wendig seien. Der Vorstand könne auch nicht in
einem bestimmten Maß eingegriffen werden, um entlassen
und nichteingesetzte an ihre Stelle setzen.

Kollege Odenthal schlug nun vor, die Konferenz
möge ausprechen: Der Verbandsvorstand soll baldmöglichst
wieder einen Arbeiter anstellen, und zwar entweder
im Verbandsbüreau oder im der Zentralarbeitsnach-
weis seinen Sitz hat. — Von der Konferenz wurde dem-
entsprechend beschlossen. Als angeregter Kollege wird
von der Konferenz Hermann Lange, Berlin, in Ver-
setzung gebracht.

Stellungnahme zum Verbandsantrag.

Odenthal besprach kurz die Aufgaben des Ver-
bands. — Zufuhr, Mannheim, wünschte die Wahl
von Vertretern der Parteien. In Karlsruhe sei bei der
Aufstellung der Kandidatenlisten ausdrücklich erklärt
worden, daß die Arbeiter für sich wählten. Odenthal
schlug vor, so zu verfahren wie bei den Stimmzetteln. Der
Vorstand müsse dann entscheiden, ob besondere Delegierte
verrufen werden sollen. Mey, Dortmund, erklärte, daß
auch in Westfalen kein Arbeiter mit aufgestellt worden
sei. Die Zahl der Arbeiter im Verband sei viel größer
als allgemein angegeben werde. Bei genauer Zählung be-
kämen die Arbeiter mindestens die Hälfte der Delegierten.
Odenthal erwiderte, die Sektionen müßten in
den Verbandsversammlungen darauf drängen, daß die Mit-
gliederzahlen genau festgestellt werden. Frenzel,
Duisburg, und Zufuhr, Ludwigsfelde, wünschten, es
müsse endlich darauf gedrungen werden, daß sich die
organisierten Arbeiter, soweit sie noch nicht in
Sektionen angehören, in diese überschreiben lassen. Be-
sonders verlangte Zufuhr die Überführung der im
Arbeitsnachweisverband organisierten Arbeiter. Krinke
meinte, bei den Wahlen würden die Arbeiter immer zu-
futz kommen, weil sie am Wahlsitz meistens auswärtig
arbeiten. Es müsse aber dafür gesorgt werden, daß
die Parteien auf den Verbandstagen vertreten seien.

Auf Vorschlag Odenthals beschließt die Kon-
ferenz, dem Verbandsvorstand die Verfassung eines Dele-
gierten aus den Reihen der Arbeiter vorzuschlagen. Als
Vorschlagender wird einstimmig Krinke, Leipzig, be-
stimmt. Der Verbandsvorstand soll eine Vorlage machen,
wonach auf künftigen Verbandstagen die Parteien eine Ver-
tretung erhalten.

Unter „Verschiedenes“ regte Kollege H.M.
Göln, nach an, der Verbandsvorstand möge das Arbeiter-
gewerbe als reif für die Sozialisierung angeben.
Die Arbeitergewerkschaften hätten während des Krieges große
Kriegsgewinne gemacht. Frenzel, Duisburg, stimmte
H.M. zu, wogegen Mey, Dortmund, die Meinung äußerte,
das Arbeitergewerbe sei für die Sozialisierung noch nicht
reif. Es handle sich doch vorwiegend um kleine Betriebe.
Odenthal meinte, die Frage müsse im Sachblatt noch
geklärt werden. Ellinger wünschte, Kollege H.M. möge
sich darüber äußern, wie er sich die Sozialisierung nicht im
Arbeitergewerbe vorstelle. Behrendt hält die Frage
Zeit zur Sozialisierung für den denkbar spätesten. Wo
alles handelte, lasse sich die Sozialisierung nicht im
Arbeitergewerbe machen. Solange die Arbeiter der
Arbeitergewerkschaft nicht sozialisiert seien, werde auch die
Sozialisierung dieser Gewerkschaft nicht möglich sein.
Nachdem Odenthal noch für einige Arbeiter Arbeit
zu bekommen versucht und Klein, Hamburg, für die Zu-
schüsse „Grundstein zur Sozialisierung“ gewonnen hatte, war
die Konferenz zu Ende. Kollege Odenthal schloß die
Sitzung mit dem Wunsch, daß sie zu guten Fortschritten im Lan-
de beitragen möchte. A. E.

Arbeitsmarkt.

Auf Delandol ist über die Firma Fr. Wiedemann
die Sperre verhängt. Der Grund sind Lohnfreistellungen.
Es wird gebeten, jeden Zugang fernzuhalten.

Arbeitslosigkeit im Deutschen Bauarbeiterverbande.

Arbeitslosigkeitsergebnisse vom 7. und vom 14. April.

Seit der letzten Ergebnisse unvollständig. In dem ersten
Teil der Statistik Dortmund und in dem zweiten Teil Königs-
berg und München. Verhältnisschwierigkeiten werden dies in
der Hauptsache verschuldet haben. Die festgestellte Arbeits-
losigkeit zeigt eine weitere langsame fortschreitende Abnahme.
Betrug die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen am 31. März
15 865, so am 7. April 13 558 und am 14. April 11 133.
Ihre Verhältnis zum Gesamt der Mitgliederzahl sank von
6,39 auf 5,61 und 4,55. In keinem Bezirk überstieg die
Arbeitslosigkeit 10 vom Mitgliederbestand. Wo die Arbeits-
losigkeit am größten war, wie in Leipzig, erreichte sie 9,7 und
in Berlin 9,4 vom Hundert. In den Bezirken Dortmund und
Hannover fand sie sogar bedeutend unter 1 vom Hundert.
Zu unterstellen waren in der ersten der beiden vorliegenden
Verhältnisschwierigkeiten 5613, in der zweiten 6540 Arbeitslose,
gegenüber 11 879 in der vorausgegangenen Woche. In
Verhältnis zum Mitgliederbestand verringerten sich die unter-
liegenden Arbeitslosen von 4,79 auf 3,57 und 2,67.

Bezirk	Zahl der Vereine	In den berichtenden Vereinen	In den berichtenden Vereinen waren am Feststellungstage arbeitslos									
			Wanderer	Altenheimler	Witwengruppe	Einzelgruppe	Hilfskassen	Stellwerk	Erwerbslos	Zusammen		
	insgesamt	insgesamt	insgesamt	insgesamt	insgesamt	insgesamt	insgesamt	insgesamt	insgesamt	insgesamt	insgesamt	
	insgesamt	insgesamt	insgesamt	insgesamt	insgesamt	insgesamt	insgesamt	insgesamt	insgesamt	insgesamt	insgesamt	

Arbeitslosigkeitsergebnis vom 7. April.									
Königsberg	21	5687	330	477	65	2	1	—	548
Brandenburg	29	23	6400	362	123	2	—	—	495
Stettin	66	66	4916	415	395	62	2	—	461
Breslau	58	58	12745	809	386	35	3	—	376
Berlin	71	70	5248	581	1085	530	22	403	84-82
Magdeburg	47	46	1224	42	22	1	1	—	2386
Frankfurt	49	49	8440	232	221	86	1	10	37
Leipzig	15	15	17027	556	362	183	18	12	11
Göln	18	18	19220	272	126	215	47	122	15
Dortmund	39	38	1373	98	89	21	—	—	66
Hannover	30	29	9811	222	184	24	1	—	117
Bremen	65	65	1691	453	702	65	10	78	29
Holstein	60	60	3863	96	91	28	—	—	63
Dresden	14	14	1540	1170	824	272	12	7	5
Regensburg	66	66	2445	2024	1051	567	51	66	20
Münster	21	21	1908	412	277	260	—	140	6
Wuppertal	30	30	1563	404	267	462	32	29	14
Stuttgart	23	23	9342	172	101	16	3	70	8
Karlsruhe	14	14	1232	368	208	95	10	46	2
Zusammen	701	716	24156	8613	3885	3081	411	1032	153

Arbeitslosigkeitsergebnis vom 14. April.									
Königsberg	29	24	6691	266	268	91	1	—	360
Brandenburg	66	66	6328	283	298	40	1	2	1
Stettin	57	57	3331	161	277	16	—	3	1
Breslau	72	72	2459	803	44	15	—	—	6282
Berlin	47	47	1450	84	1012	566	198	421	44
Magdeburg	49	49	8847	174	173	25	—	5	1
Frankfurt	15	15	17220	490	346	195	17	16	10
Leipzig	18	18	20015	227	126	236	44	114	16
Göln	39	39	1487	68	62	14	—	1	—
Dortmund	30	30	9940	128	62	14	—	2	1
Hannover	66	66	1487	355	600	62	14	72	22
Bremen	60	60	3893	47	65	12	—	—	30
Holstein	14	14	16252	949	618	540	19	9	7
Regensburg	66	66	2534	1794	1768	549	47	61	21
Münster	21	21	1825	404	267	272	2	119	7
Wuppertal	23	23	10152	182	128	27	3	88	5
Stuttgart	14	14	13820	211	141	86	9	49	5
Karlsruhe	39	39	6895	2448	2091	346	969	144	90
Zusammen	798	808	24480	6540	3883	2691	346	969	144

Arbeitslosigkeitsergebnis vom 14. April.									
Königsberg	29	24	6691	266	268	91	1	—	360
Brandenburg	66	66	6328	283	298	40	1	2	1
Stettin	57	57	3331	161	277	16	—	3	1
Breslau	72	72	2459	803	44	15	—	—	6282
Berlin	47	47	1450	84	1012	566	198	421	44
Magdeburg	49	49	8847	174	173	25	—	5	1
Frankfurt	15	15	17220	490	346	195	17	16	10
Leipzig	18	18	20015	227	126	236	44	114	16
Göln	39	39	1487	68	62	14	—	1	—
Dortmund	30	30	9940	128	62	14	—	2	1
Hannover	66	66	1487	355	600	62	14	72	22
Bremen	60	60	3893	47	65	12	—	—	30
Holstein	14	14	16252	949	618	540	19	9	7
Regensburg	66	66	2534	1794	1768	549	47	61	21
Münster	21	21	1825	404	267	272	2	119	7
Wuppertal	23	23	10152	182	128	27	3	88	5
Stuttgart	14	14	13820	211	141	86	9	49	5
Karlsruhe	39	39	6895	2448	2091	346	969	144	90
Zusammen	798	808	24480	6540	3883	2691	346	969	144

Berichte.

Bezirk Frankfurt a. M. (Tarifverhandlung.
gen.) Am 10. und 11. April wurde in Frankfurt a. M.
über die östlichen und westlichen Bestimmungen zur Er-
neuerung des Tarifvertrages verhandelt. Entgegen der
früheren Praxis wurde diesmal für alle Lohngebiete in
Frankfurt verhandelt. Für Mannheim und Ludwig-
hafen, Worms und Frankfurt am Main wurde
Karlruhe war schon vorher, mit oder ohne Zustimmung
des Mittelrheinischen Arbeitgeberverbandes, in Mannheim
verhandelt worden. Im Frankfurter Bezirk glaubt man,
diesmal von beiden Verhandlungen Sitzung nehmen zu
müssen, da bereits in einer früheren Sitzung eine Einigung
darüber erzielt worden war, nur noch 3 Lohngruppen ge-
hen zu lassen. In die erste Lohngruppe sollten alle
größeren Orte mit den nachfolgenden Vororten aufgenom-
men werden. In die zweite und dritte Gruppe die Orte
und Bezirke mit zurückgebliebener Entwicklung und ge-
ringeren Löhnen. Mit dieser Vereinbarung wurde ein an-
erkannter Fortschritt erreicht. Die beteiligten Ar-
beiterorganisationen haben seit Jahren diesen Standpunkt
vertreten und die Durchführung im Interesse der Arbeiter
immer energischer gefordert. Die lästlichen Kollegen im
Bezirk mußten auf den Arbeitssitz wechseln, so daß die Be-
mühungen, die Löhne einheitlich zu regeln, berechtigt
waren. Es entsprach den Interessen der Arbeiter, die
Interessen, in dem benannten Gebiet endlich mit der Klein-
lichen und engherzigen Lohnpolitik aufzuräumen. Mit der
Kriegsunterstützung in der Lohnfrage mußte endlich ge-
brochen werden. Bis zum Jahre 1910 gab es allein im
Groß-Frankfurter Wirtschaftsgebiet etwa ein Dutzend ver-
schiedene Lohnklassen. Erst nach und nach wurde die Ar-
beitslosigkeit überwinden. Jetzt, nach anderthalb Jahr-
zehnten, konnte das Ziel erreicht werden. In der nach-
folgenden Tabelle geben wir einen Vergleich der jährli-
chen Löhne mit denen vom Jahre 1914:

Der Lohn der Zementfabriksarbeiter ist dem Lohn der Maurer und Zimmerer gleichgestellt, und der dem Zement- arbeiter um 5 % niedriger pro Stunde bemessen. Die unter aufgeführten Zahlen bedeuten Feinnetze pro Stunde:										
Drie der Lohngruppe I		Tariflohn								
		1914	1. März 1915	1. März 1916	1. April 1917	1. April 1918	1. April 1919	1. April 1920	1. April 1921	1. April 1922
Kassel	M	52	50	151	139	200	190	220	210	210
Darmstadt	M	55	44	144	133	200	190	220	210	210
Frankfurt a. M.	M	67	57	156	146	200	190	220	210	210
Heidelberg	M	64	54	156	146	200	190	220	210	210
Griesheim a. M.	M	52	41	151	142	200	190	220	210	210
Groß- u. Klein-Steinheim	M	56	47	151	142	200	190	220	210	210
Hanau	M	58	51	156	146	200	190	220	210	210
Schöps a. M.	M	55	46	137	127	200	190	220	210	210
Homburg v. d. H.	M	55	46	137	127	200	190	220	210	210
Königsberg	M	55	46	137	127	200	190	220	210	210
Kronberg	M	55	46	137	127	200	190	220	210	210
Wain	M	58	46	148	135	200	190	220	210	210
Mainau	M	67	57	156	146	200	190	220	210	210
Waldheim-Ludwigshafen	M	67	57	156	146	200	190	220	210	210
Waldheim	M	62	52	155	143	200	190	220	210	210
Mutterstadt	M	54	44	150	140	200	190	220	210	210
Neuenstein	M	62	52	157	147	200	190	220	210	210
Neuburg	M	62	52	157	147	200	190	220	210	210
Nied a. M.	M	64	54	156	146	200	190	220	210	210
Oberursel	M	55	46	152	142	200	190	220	210	210
Ostendorf a. M.	M	60	51	150	140	200	190	220	210	210
Wittgenstein	M	54	43	136	126	200	190	220	210	210
Wittgenstein	M	54	43	136	126	200	190	220	210	210
Schwannheim	M	64	54	156	146	200	190	220	210	210
Soden (Wab.)	M	55	46	137	127	200	190	220	210	210
Rißel	M	63	51	151	141	200	190	220	210	210
Wiesbaden	M	59	50	148	138	200	190	220	210	210
Lohngruppe II										
Waldheim-Ludwigshafen	M	52	44	140	131	175	165	200	190	180
Waldheim	M	52	43	134	126	175	165	200	190	180
Waldheim	M	57	47	129	113	175	165	200	190	180
Waldheim	M	44	36	120	112	175	165	200	190	180
Waldheim	M	47	38	125	117	175	165	200	190	180
Waldheim	M	45	35	119	109	175	165	200	190	180
Waldheim	M	52	44	134	126	175	165	200	190	180
Waldheim	M	54	44	136	126	175	165	200	190	180
Waldheim	M	49	43	135	129	175	165	200	190	180
Waldheim	M	53	46	133	126	175	165	200	190	180
Waldheim	M	45	38	120	112	175	165	200	190	180
Waldheim	M	58	48	145	135	175	165	200	190	180
Waldheim	M	47	41	131	121	175	165	200	190	180
Waldheim	M	42	39	116	106	175	165	200	190	180
Waldheim	M	52	43	140	131	175	165	200	190	180
Waldheim	M	52	41	137	128	175	165	200	190	180
Waldheim	M	53	46	145	135	175	165	200	190	180
Waldheim	M	42	39	116	106	175	165	200	190	180
Waldheim	M	49	43	135	129	175	165	200	190	180
Waldheim	M	54	44	140	130	175	165	200	190	180

[illegible][illegible]

Verlin. (Steil der Brunnens) in Groß-Verlin. Die Kollagen dieses Brunnens, die fast reißfest, bis unter organisirt find, traten Ende Dezember 1918 an ihren Unternehmern mit Lohnforderungen heran. Seit 1905 zum ersten Male. Sie saßen sich endlich gegenseitig, ihre Arbeit in Miffand gestrichenen Löhne aufzugeben. Sie forderten von ihren Unternehmern die Stunde $\text{M} 2,50$ für Brunnenarbeit, $\text{M} 2$ für Seiler. In Verhandlungen mit den Unternehmern wurde ein Preis für die ersten 100 ersten Geleichen $\text{M} 1,90$, im zweiten Geleichen $\text{M} 2$ und für alle andern Geleichen $\text{M} 2,15$ die Stunde festgelegt. Die Seiler sollten erhalten: geleite $\text{M} 1,80$ und ungeleite $\text{M} 1,70$ die Stunde. Für Lauf- und Anfahrts- sowie für Handarbeit wurde eine Entschädigung feldweise nach der Anzahl der Arbeiter und Seiler nach Maßstab dieses Anbotes. Unternehmern und Seiler nahmen dieses Anbot an.

Submissionenblüte. Die Wassergenossenschaft Hohenstein hatte die Ausschreibung von Vorarbeiten zu vergeben. Es handelte sich um rund 14 000 Kubikmeter Erdbewegung. Der Mindestfordernde verlangte 26 069 und der Höchstfordernde 209 326. Der Unterschied in beiden Rechnungen beträgt rund 800 pSt. Wer von beiden Unternehmern hat gerechnet und wer hat geraten? Derartige Unterschiede werden auch durch die ungleichen Verhältnisse nicht mehr erklärt.

Erbschaften. Durchschnitt des Reichs- und preussischen Staatslohnoffiziers für das Wohnungsvermögen. Verlag: Wilhelm Ernst & Sohn, Berlin, Mittelstraße 90. Preis geheftet M. 1.50. Das Buch enthält 70 Tabellen von je 60 Seiten fast. Es wird für viele Berufsbesitzer eine große Hilfe sein. Es enthält die Berechnung der verschiedenen unbefristeten Bauforderungen. Der Stoff ist übersichtlich in zwei Teile behandelt. 1. Mauerwerk mit gleichmäßigem Querschnittsprofil des gesamten Querschnitts. Dazu rechnen die Verfasser: a) Balkenmauer aus Stampfbau, Mauerwerk aus Stampfbau, b) Mauerwerk aus Stampfbau mit Mauerwerk aus Stein mit aufgeführten Ranken aus Stein mit äußerer und innerer Schale und aus Rippensteinen. 2. Mauerwerk mit Beanspruchung einzelner tragender Stiele. Diese werden getrennt gerechnet: Giebelmauer, Pfeilermauer und Giebelständermauer. — In dem gleichen Verlage ist erschienen: **Stütz für Dampferkesseln und Dampferkesselmeister.** Dritter Teil. Verfasser: Karl Zillisch. Preis M. 4.50. Das Buch enthält die Berechnung des Wohnungsvermögens einer Reihe verschiedener Kesselanlagen. Es enthält die Berechnung der Werte, Zylinder, Giebeln, kaltenwasserführenden Kessel, Wendel, Hebung, Wasserdruck, Erddruck und Schornsteine. Für die Kollegen, die eine VVA haben sollten, sich das Buch zulegen, denn, der Mathematik abgesehen, wird es sicherlich auch den besten ersten Teil des Werkes bieten.

[illegible][illegible]

Limburg a. d. R. Im 9. April verunglückte der Kollege Josef Weder aus Hinfels an dem Umbau der Papierfabrik in Eßberg tödlich. Er war mit noch zwei Kollegen beschäftigt, mit Erde beladene Wägen auf einem Geleise zu verschieben. Als sie an eine Stelle kamen, wo das Geleise aus der Wage lag, kippte der Wagen um, und der Kopf eines Kollegen Weder wurde so hart von dem Wagen getroffen, daß er aus der Stelle starb. Drei Tage nach dem Unfall wurde die Polzeibehörde, noch ein Vertreter der Bezugs-Gemeinschaft zur Beichtigung der Baufelle erschienen, so daß der Genossenschaft Zeit fand, die Unfallsfälle dezent in

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir alle Lobesfälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb einer Woche nach ihrem Absterben Mitteilung gemacht wird. Die Zeile kostet 15 A.)

Berlin. Am 6. April starb unser Mitglied **Wilhelm Sellnau** (Maurer) im Alter von 88 Jahren an Lungentuberkulose. — Am 20. April starb unser Mitglied **Karl Granzow** (Silschreiber) im Alter von 65 Jahren an Lungentuberkulose. — Am 24. April starb der Kollege **Robert Siebarth** (Bementierer) im Alter von 41 Jahren an Lungentuberkulose.

Brandenburg. Am 17. April starb unser langjähriger Mitglied **August Baatz** (Maurer) im Alter von 58 Jahren an Lungenentzündung.

Darmstadt. (Griesheim.) Am 13. April starb unser Mitglied **Ludwig Loos** (Maurer) im Alter von 45 Jahren an Lungenentzündung.

Petters (Hilfsarbeiter) aus Söbri gen im Alter von 47 Jahren an Bauchfellentzündung. — Am 11. April starb unser Mitglied **Emil Kühn** (Maurer) im Alter von 49 Jahren an Lungentuberkulose. — Am 16. April starb unser Mitglied **Michael Böhme** (Hilfsarbeiter) im Alter von

52 Jahren an Lungenleiden.
Düsseldorf. Das Mitglied **Josef Graf** (Stuckateur) wurde am 9. April im Alter von 54 Jahren von Regierungstruppen erschossen. — Das Mitglied **Karl Küster** (Hilfsarbeiter) wurde am 11. April im Alter von 35 Jahren auf dem Wege zum Augenarzt erschossen.

Görlitz. Am 19. April starb unser langjähriges treues Mitglied **Jul. Schulze** im Alter von 68 Jahren an Schwäche.
Hamburg. Am 17. März starb unser Mitglied **W. Habermann** (Maurer) im Alter von 50 Jahren an Nervenleiden. — Am 8. April starb unser Mitglied **W. A. Thomsen**, am 10. April unser

unser Mitglied **W. Albrecht** (Waurer) im Alter von 23 Jahren an Herzleiden. — Am 11. April starb unser Mitglied **E. Stegenwallner** (Zoflierer) im Alter von 42 Jahren an Herzschlag. — Am 12. April starb unser Mitglied **V. Wernecke** (Waurer) im Alter von 82 Jahren an Altersschwäche. **Sannover.** Am 9. April starb unser Kollege **Wilh.**

Menge (Maurer) im Alter von 73 Jahren an Altersschwäche. — Am 11. April starb unser Kollege **Hermann Krull** (Maurer) im Alter von 28 Jahren an Grippe.

Karlruhe. Am 21. April starb unser Kollege **Gottlieb Seeger** im Alter von 73 Jahren an Altersschwäche.

Hantzsch aus Tinnitz im Alter von 33 Jahren an Lungenentzündung.

— Unser Mitglied **Gottfried Krause** starb im Alter von 61 Jahren an Altersschwäche.

M. Lachermeyer (Hilfsarbeiter) im Alter von 64 Jahren an Lungenentzündung.

Stroosch. Am 23. März starb im Kriegsflazarett zu Cosel unser Mitglied **Anton Schorz** (Maurer) im Alter von 26 Jahren an den Folgen eines Kriegseidens.

Stadtsoldendorf. Am 21. März starb unser Kollege
Albert Ahrens im Alter von 45 Jahren.
 Ehre ihrem Andenken!

Der Verein Lüdenscheld i. Weßf. sucht zum 1. J. neuen tüchtigen redigierenden Geschäftsführer. Gehalt 1000 Mk. unter Berücksichtigung der Alters- und Verdienstsituationen nach Verbandsabgabebestimmungen. Kollektions- und mindestens 5 Jahre im Deutschen Bauarbeitsverbände tätig sein, die nötige organisatorische und agitatorische Fähigkeiten und Verwaltungspraxis haben, wollen in schriftlichen Angebots bis 15. Mai einfinden an den Verein Lüdenscheld i. Weßf. Adressat: **Adolf Scheerer**, Lüdenscheld i. Weßf. a. h. h. o. f. f. t. 28.

erlin 2. (Krankentasse.) Sonntag, 11. Mai, von
9 Uhr, im Lokale Conrad Schmidt, Eydener Straße
L.D.: Abrechnung vom 1. Quartal. Auffstellung
Kandidaten zur Generalversammlung. Verschiedenes.
erlin 3. (Krankentasse.) Sonntag, 11. Mai, von
10 Uhr, bei Kempin, Tilsiter Straße 85. L.D.: Kass
und Revisionsbericht vom 2. Quartal. Stellungnah
zur Generalversammlung. Wahl eines Delegier

Abgeordneten zur Generalversammlung und Vorträge
verlesen. Kassenangelegenheiten. Verschiedenes.
redenden-A. (Krankenlasse.) Sonntag, 11. Mai, nach

2½ Uhr, im Volkshaus, Zimmer 3. T. D.: Wahl
Vertreter zur 18. Generalversammlung. Kassenangelegen-
heiten. — Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.
tschjin. Sonntag, den 4. Mai, nachm. 2 Uhr, bei El-
im Tschjin. Um zahlreiches Erscheinen wird erbeten.

Verlag: Deutscher Bauarbeiterverband (Fritz Paepow). Verantwortlicher Redakteur: H. Efinger. Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.